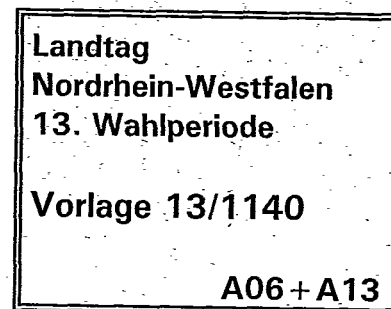


Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuss



Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002) und Gesetz zur Änderung und Aufhebung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2002) und Gesetz zur Überleitung von Lehrkräften mit den Befähigungen für die Lehrämter für die Sekundarstufen I und II an Gymnasien und Gesamtschulen in die Besoldungsgruppe A 13 (höherer Dienst)

- Drucksachen 13/1400, 13/1700 und 13/1790 -

Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie

**Bericht über das Ergebnis der Beratungen
des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten**

Beschlussempfehlung

Der in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten fallende Teil des Einzelplans 15 - in der Fassung der Drucksachen 13/1400, 13/1700 und 13/1790 - wird mit der in der Anlage zum Bericht genannten Änderung angenommen.



Bericht

Der Ausschuss für Migrationsangelegenheiten hat den in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Teil des Einzelplans 15:

Kapitel 15 060 - Landesmaßnahmen für Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer und deren Angehörige sowie für ausländische Flüchtlinge

sowie

Kapitel 15 510 - Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen

in seinen Sitzungen am 20. September, 8. und 29. November 2001 beraten.

Zu der Abstimmungssitzung am 29. November 2001 wurde von der Fraktion der CDU ein Änderungsantrag vorgelegt, der in der **Anlage** dargestellt ist. Zur Deckung des Antrags wurde auf entsprechende Antragstellung im Haushalts- und Finanzausschuss verwiesen.

Der Antrag der CDU-Fraktion (Nr. 2 der Anlage) wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt.

Außerdem wurde in dieser Sitzung von allen Fraktionen der in Nr. 1 der Anlage wieder gegebene Änderungsantrag gestellt und angenommen.

Hiermit sollen die Feststellungen und Forderungen, die alle Fraktionen in einem gemeinsamen Entschließungsantrag zur 3. Lesung des Haushalts zu verabschieden beabsichtigen, ihren haushaltswirksamen Niederschlag finden.

Der Ausschuss für Migrationsangelegenheiten nahm den ihn berührenden Teil des Entwurfs des Einzelplans 15 mit der beschlossenen Änderung (gemäß Nr. 1 der Anlage) einstimmig an.

Britta Altenkamp-Nowicki
Vorsitzende

Anlage

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 15
im Ausschuss für Migrationsangelegenheiten
zum Haushaltsgesetz 2002

- Sachhaushalt -

Anlage zu Vorlage 13/1140

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	SPD CDU FDP GRÜNE	<p>Kapitel 15 060 - Landesmaßnahmen für Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer und deren Angehörige sowie für ausländische Flüchtlinge</p> <p>(S. 157)</p> <p>Aufnahme einer Vorbemerkung zu den Erläuterungen zu Kapitel 15 060 wie folgt:</p> <p>"1. Der Landtag stellt fest, dass von der vom Landtag beschlossenen "Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen" (Drucksache 13/1345) wichtige Impulse für die Verbesserung der Integration zugewanderter Menschen in Nordrhein-Westfalen ausgehen. Seine besondere Wirksamkeit verdankt die Offensive dem Umstand, dass sie als ressortübergreifendes Konzept die Integration als Querschnittsaufgabe versteht. Die trotz der erzielten Fortschritte in der Integrationsoffensive NRW aufgezeigten Integrationsdefizite verlangen eine sofortige Umsetzung der dargestellten Handlungsfelder.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja FDP ja GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 1		<p>II. Der Landtag weiß, dass die im Haushalt 2002 vorgesehenen Mittel nicht ausreichen, die Ziele der Integrationsoffensive vollständig umzusetzen. Er berücksichtigt in diesem Jahr die schwierige Haushaltslage. Die Ressorts werden aufgefordert, sich in besonderer Weise an den Schwerpunkten der Integrationsoffensive zu orientieren und durch übergreifende Kooperation die Integrationsergebnisse zu verbessern. Dies gilt - auch im Hinblick auf die Beiträge des Bundes - vor allem für die Sprachförderung, die für das Gelingen der gesellschaftlichen, sozialen und beruflichen Integration von herausragender Bedeutung ist. Der Landtag hält es für richtig, dass in diesem Koordinationsprozess der Arbeit des Integrationsbeauftragten ein besonderer Stellenwert zukommt.</p> <p>III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dem Landtag ein Finanzierungskonzept vorzulegen, das</p> <ul style="list-style-type: none"> - sämtliche im Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen verankerten Haushaltspositionen, die einen Bezug zur Integration zugewandelter Menschen aufweisen, systematisiert, - aufzeigt, wie durch einen Ressort übergreifend koordinierten Einsatz der Haushaltsmittel die durch die Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen gestellten Aufgaben bewältigt werden können und 	

Anlage zu Vorlage 13/1140

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 1		<ul style="list-style-type: none"> - bereits im Haushaltsvollzug für das Haushaltsjahr 2002/2. Jahreshälfte bzw. dem Schuljahr 2002/03 zu deutlichen Verbesserungen bei Integrationsmaßnahmen - insbesondere im Bereich der Sprachförderung - führt. 	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	CDU	<p>Kapitel 15 060 - Landesmaßnahmen für Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer und deren Angehörige sowie für ausländische Flüchtlinge</p> <p>Titelgruppe 61 - Durchführung von Angaben nach § 96 BVFG</p> <p>Titel 684 61 - Zuschüsse an kulturelle oder ähnliche Einrichtungen</p> <p>(S. 164/165)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 1.951.500 EUR</p> <p>um 250.000 EUR</p> <p>auf 2.201.500 EUR</p> <p>zugunsten der Projektförderung mit entsprechender Änderung von Ziffer 3. der Erläuterungen</p> <p>Begründung: Die Erhöhung ist notwendig zur Gewährleistung einer effektiven Projektförderung bei den Vertriebenenverbänden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU ja</p> <p>FDP Enth.</p> <p>GRÜNE nein</p>

Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage an den Haushalts- und
Finanzausschuss des Landtags
Anlage zu den Vorlagen 13/1136
13/1137
13/1138
13/1139
13/1140
13/1141

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2002

Einzelplan 15: Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie

Anlage: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Einzelplan 15: Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie
Anlage 1: - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
15 030	Landesarbeitsmarktprogramme und -maßnahmen			
684 73	<p>Titelgruppe 73 Modellvorhaben "Soziale Wirtschaftsbetriebe" und sonstige Modellvorhaben</p> <p>Zuschüsse an freie Träger</p> <p><u>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung:</u> bisher: 0 EUR <u>Es treten hinzu: 11.000.000 EUR</u> neu: 11.000.000 EUR</p> <p><u>Änderung der Erläuterungen:</u> Die Erläuterung im Entwurf zum Haushaltsplan 2002 wird durch die Erläuterung des Haushalts 2001 ersetzt, die Beträge entsprechend den Haushaltsjahren angepasst.</p>	4.227.000	2.900.000	7.127.000
547 94 (neu)	<p>Titelgruppe 94 (neu) Modellhafte Arbeitsmarktprojekte</p> <p>Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</p>			
633 94 (neu)	Zuweisungen an kommunale Träger			
684 94 (neu)	Zuschüsse an freie Träger	0	925.000	925.000
	<p><u>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung:</u> bisher: 0 EUR <u>Es treten hinzu: 200.000 EUR</u> neu: 200.000 EUR</p>			

Einzelplan 15: Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie

Anlage i: - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
686 94 (neu)	<p>Zuschüsse an sonstige für laufende Zwecke</p> <p><u>Haushaltsvermerke:</u></p> <p>"1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Die bei Titel 684 94 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung gilt für alle Titel der Titelgruppe. 3. Aus den Mitteln der Titelgruppe 94 dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO)."</p> <p>Berufliche Aus- und Weiterbildung</p> <p>Titelgruppe 60 Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung</p> <p>Die Erläuterungen zu Titelgruppe 60 werden wie folgt ergänzt:</p> <p>" Maßnahmen aus Mitteln der Titelgruppe 60 dürfen im Rahmen der Nachwuchssicherung auch dafür eingesetzt werden, leistungsstarke weibliche Jugendliche zu bewegen, eine Ausbildung im Handwerk, vor allem in zukunftsorientierten Berufen, zu beginnen."</p> <p>Diese Erläuterung ist verbindlich (§ 17 Abs. 1 Satz 2 LHO).</p> <p>Titelgruppe 61 Maßnahmen zur Förderung der Ausbildungschancen benachteiligter Jugendlicher</p> <p>Zu Titelgruppe 61 (S. 122) wird folgender (weiterer) Haushaltsvermerk angefügt:</p>			

Einzelplan 15: Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie

Anlage : - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
	<p>"5. Bei der Durchführung von Berufsförderungslehrgängen und außerbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen aus Mitteln der Titelgruppe 61 sind Schülerinnen bzw. junge Frauen in dem Maße zu berücksichtigen, wie es ihrem Anteil an der Zahl der Schulabgänger/innen bzw. ihrem Anteil an bei der Arbeitsverwaltung gemeldeten, nicht vermittelbaren Jugendlichen, die ausbildungswillig und -fähig sind, entspricht."</p> <p>Titelgruppe 62 Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen</p> <p>Zu Titelgruppe 62 (S. 124) wird folgender (weiterer) Haushaltsvermerk angefügt:</p> <p>"5. Maßnahmen aus Mitteln der Titelgruppe 62 werden mindestens in dem Maß auf junge Frauen abzielen, wie es ihrem Anteil an ausbildungswilligen Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz entspricht."</p> <p>Den Erläuterungen zu Titelgruppe 62 wird folgender neuer Satz 3 angefügt:</p> <p>"Nach der im Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen II zum Ausdruck kommenden Vereinbarung ist die Förderung der Ausbildungsbeteiligung von jungen Frauen als ein Querschnittsauftrag von allen Vertragspartnern anerkannt, der sich durch alle zu bestimmenden Themen und Aktionsfelder ziehen soll."</p> <p>Titelgruppe 65 Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung</p> <p>Zu Titelgruppe 65 (S. 126) wird folgender (weiterer) Haushaltsvermerk angefügt:</p>			

Einzelplan 15: Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie
Anlage: - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
	<p>"5. Bei der Durchführung von Maßnahmen aus Mitteln der Titelgruppe 65 ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an den Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung zu gewährleisten."</p> <p>Die Erläuterungen zu Titelgruppe 65 (S. 127) werden wie folgt ergänzt:</p> <p>"Bei der Durchführung von Maßnahmen aus Mitteln der Titelgruppe 65 wird der Gesichtspunkt des Gender Mainstreaming einbezogen, das heißt die unterschiedlichen Interessen und Belange von Frauen und Männern sind von Anfang an bei der Vorbereitung, Evaluierung und Durchführung von modellhaften neuartigen wirtschaftsbezogenen Weiterbildungsveranstaltungen, Veranstaltungen und Tagungen, der Ausstattung beruflicher Weiterbildungsstätten und der Weiterbildungs-Initiative als Instrument zur gezielten und passgenauen Förderung inhaltlicher Schwerpunkte zu berücksichtigen."</p>			
685 69	<p>Titelgruppe 69 Landesprogramm "Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk"</p>	711.500	1.334.100	2.045.600
15 041	<p>Hilfen für behinderte und pflegebedürftige Menschen</p>			
684 19	<p>Zuschuss an die "Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege"</p> <p>Titelgruppe 90 Förderung von behinderten und pflegebedürftigen Menschen und von Modellprojekten zur Weiterentwicklung der pflegerischen Infrastruktur</p>	12.782.300	2.500.000	15.282.300

Einzelplan 15: Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie
Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
686 90	Zuschüsse an freie und private Träger für ifd. Zwecke <u>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung:</u> bisher: 3.800.000 EUR Es treten hinzu: 2.000.000 EUR neu: 5.800.000 EUR <u>Änderung der Erläuterungen:</u> Von den zusätzlichen Barmitteln werden 90.000 EUR in den UT 1 und 2.010.000 EUR in den UT 3 eingestellt. Der UT 3 wird umbenannt in "Neue Wohnformen für Hilfe- und Pflegebedürftige".	4.252.600	2.100.000	6.352.600
686 91	Titelgruppe 91 Weiterentwicklung der komplementären ambulanten Dienste Zuschüsse an freie und private Träger für ifd. Zwecke	1.000.000	750.000	1.750.000
15 060	Landesmaßnahmen für Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer und deren Angehörige sowie für ausländische Flüchtlinge Aufnahme einer Vorbemerkung zu den Erläuterungen zu Kapitel 15 060 wie folgt: "1. Der Landtags stellt fest, dass von der vom Landtag beschlossenen „Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen“ (Drucksache 13/1345) wichtige Impulse für die Verbesserung der Integration zugewanderter Menschen in Nordrhein-Westfalen ausgehen. Seine besondere Wirksamkeit verdankt die Offensive dem Umstand, dass sie als ressortübergreifendes Konzept die Integration als Querschnittsaufgabe versteht. Die trotz der erzielten Fortschritte in der Integrationsoffensive NRW aufgezeigten Integrationsdefizite verlangen eine sofortige Umsetzung der dargestellten Handlungsfelder.			

Einzelplan 15: Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie
Anlage : - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
	<p>II. Der Landtag weiß, dass die im Haushalt 2002 vorgesehenen Mittel nicht ausreichen, die Ziele der Integrationsoffensive vollständig umzusetzen. Er berücksichtigt in diesem Jahr die schwierige Haushaltslage. Die Ressorts werden aufgefordert, sich in besonderer Weise an den Schwerpunkten der Integrationsoffensive zu orientieren und durch übergreifende Kooperation die Integrationsergebnisse zu verbessern. Dies gilt – auch im Hinblick auf die Beiträge des Bundes – vor allem für die Sprachförderung, die für das Gelingen der gesellschaftlichen, sozialen und beruflichen Integration von herausragender Bedeutung ist. Der Landtag hält es für richtig, dass in diesem Koordinationsprozess der Arbeit des Integrationsbeauftragten ein besonderer Stellenwert zukommt.</p> <p>III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dem Landtag ein Finanzierungskonzept vorzulegen, das</p> <ul style="list-style-type: none"> - sämtliche im Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen verankerten Haushaltspositionen, die einen Bezug zur Integration zugewandelter Menschen aufweisen, systematisiert, - aufzeigt, wie durch einen Ressort übergreifend koordinierten Einsatz der Haushaltsmittel die durch die Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen gestellten Aufgaben bewältigt werden können und - bereits im Haushaltsvollzug für das Haushaltsjahr 2002/2. Jahreshälfte bzw. dem Schuljahr 2002/03 zu deutlichen Verbesserungen bei Integrationsmaßnahmen – insbesondere im Bereich der Sprachförderung – führt. 			
Abschluss Einzelplan 15:				
Einnahmen:		259.896.400	-	259.896.400
Ausgaben:		1.102.530.600	10.509.100	1.113.039.700
Verpflichtungsermächtigungen:		327.088.700	13.200.000	340.288.700